

Niederschrift
über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 17.02.2021

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 16:15 Uhr

Ende: 18:00 Uhr

Ordentliche Teilnehmer/innen

CDU

Herr André Langeworth

Herr Ansgar Leder

Frau Tanja Orlowski

SPD

Frau Regine Weißenfeld Vorsitzende

Frau Judith Wend

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Lasse Finn Bucken

Frau Susann Purucker Stellvertretende Vorsitzende

FDP

Herr Leo Knauf

Die Linke

Herr Dominik Goertz

Beratende Mitglieder

Herr Georg Epp

Frau Katja Häckel

Frau Carina Niemeier

Herr Ingo Nürnberger

Frau Beate Scigala-Blatt

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Jochen Hanke

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Frau Kirsten Hopster

Herr Marc Korbmacher

Frau Regina Puffer

Herr Matthias Rotter

Herr Michael Schütz

Frau Daniela Wollenberg

Schrifführung

Frau Liesa Warneke

Verwaltung

Herr Jörg Leesemann

Frau Silke Aron

Herr Thomas Helmke

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Weißenfeld begrüßt die anwesenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur 2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses fest.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.01.2021

Ohne weitere Aussprache fassen die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses folgenden

Beschluss:

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die Konstituierende Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.01.2021 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Frau Weißenfeld ruft die Mitteilungen nacheinander auf. Fragen zu den Mitteilungen sowie Ergänzungen gibt es nicht.

Frau Purucker fragt an, ob es möglich sei, sich zu Mitteilungen zu äußern. Dies verneint Frau Weißenfeld, insbesondere mit dem Hinweis auf die aktuellen Corona-Bedingungen.

Daraufhin teilt Frau Purucker mit, dass sie im Vorfeld zur Sitzung drei Fragen an die Verwaltung gestellt habe. Herr Epp schlägt vor, dass diese Fragen im direkten Kontakt beantwortet werden.

Zu Punkt 2.1 Ferienspiele und Ferienangebote in den Herbstferien 2020

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

- Kenntnisnahme -

Zu Punkt 2.2 Zusätzliche Plätze in Kindertageseinrichtungen

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

- Kenntnisnahme -

Zu Punkt 2.3 Aktueller Sachstand Grüner Würfel

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

- Kenntnisnahme -

Zu Punkt 2.4 Aktueller Sachstand der Interessenbekundung für das Projekt "Stadtteilmütter" in Baumheide, Sennestadt und Jöllenbeck (Oberlohmannshof)

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

- Kenntnisnahme -

Zu Punkt 2.5 Der Jugendhilfeausschuss - Impulse für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Verwaltung

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

- Kenntnisnahme -

Zu Punkt 2.6 Angebote im Bereich Kinderschutz/Prävention sexuellen Missbrauchs

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

- Kenntnisnahme -

Zu Punkt 3 Anfragen

Die Antworten zu den Anfragen TOP 3.2, 3.3 sowie 3.4 wurden als Tischvorlagen eingebracht. Frau Weißenfeld weist daraufhin, dass diese – sofern es Nachfragen zu den Anfragen gebe – auch in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung genommen werden können.

Zu Punkt 3.1 Spielflächenbedarfsplanung

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung am 10.03.2021 verschoben.

Frau Weißenfeld bittet in diesem Zusammenhang die Verwaltung, an den Umweltbetrieb weiterzugeben, dass sie als Vorsitzende erwarte, dass in

der nächsten Sitzung ein Vertreter des Amtes anwesend sei und Stellung nehme.

- vertagt -

-.-.-

**Zu Punkt 3.2 Begleitung von jungen Erwachsenen
Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 09.02.2021**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0617/2020-2025

Herr Hanke verweist auf die als Tischvorlage vorliegende ausführliche Antwort.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

**Zu Punkt 3.3 Mittelabruf aus dem Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“
Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 09.02.2021**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0619/2020-2025

Herr Hanke erläutert noch einmal kurz die als Tischvorlage vorliegende Antwort. Der Mittelabruf sei in dieser anhand von Fallzahlen sowie Abbildung der Kosten und Zahlen zur Inanspruchnahme dargestellt worden. Ebenso sei abgebildet, dass viele Kita-Träger das sogenannte Mietmodell bevorzugen. Grund hierfür sei u. a., dass sie selbst oftmals nicht Eigentümer eines Grundstücks seien. Es gebe in diesen Fällen einen Investor, der sich am Kapitalmarkt das Geld beschaffe, um die Kitas zu errichten. Dann würde er diese vermieten und sich durch die Mieteinnahmen refinanzieren. Diese wiederum würden im Rahmen der sogenannten Mietpauschalen aus öffentlichen Mitteln finanziert. Daher finde das Investitionsprogramm in Bielefeld nicht so häufig Anwendung.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

**Zu Punkt 3.4 Digitale Endgeräte in städtischen Kitas
Anfrage der Fraktion SPD vom 09.02.2021**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0620/2020-2025

Herr Hanke verweist auf die als Tischvorlage vorliegende Antwort. Er ergänzt, dass es momentan allgemein schwierig sei, Kameras zu be-

kommen. Grund hierfür sei u. a., dass nur bestimmte Modelle zugelassen seien. Zudem merkt Herr Hanke an, dass bereits 2019 initiiert wurde, einen zweiten Rechner in den Kitas zu installieren. Voraussichtlich soll es sich bei diesen zukünftig direkt um einen Laptop samt Kamera handeln.

- Kenntnisnahme -

Zu Punkt 4 **Anträge**

Zu Punkt 4.1 **Bielefelds Spielplätze sollen inklusiv werden**
Antrag der Fraktion SPD vom 09.02.2021

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0621/2020-2025

Frau Weißenfeld teilt mit, dass die SPD den Antrag zurückziehe. Der Antrag werde erneut eingereicht, wenn in der nächsten Sitzung zur Spielplatzplanung berichtet werde.

- zurückgezogen -

Zu Punkt 5 **Wahl der Vorstandsmitglieder für den Vorstand der Kindermann-Stiftung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0278/2020-2025/1

Der Jugendhilfeausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss wählt neben Herrn Leo Knauf (FDP) als weitere Beisitzerin

- **Frau Brigitte Stelze (Die Linke)**

in den Vorstand der Kindermann-Stiftung.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6 **Sachstand in der Kinder- und Jugendhilfe in der Corona-Krise**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0596/2020-2025

Herr Nürnberger weist auf den unter Punkt 2 „Sachstand Kinder- und Jugendarbeit und Stadtteileinrichtungen“ genannten Abschnitt zur Durch-

führung der Ferienspiele und Aktivitäten in den Ferien hin.

Im letzten Jahr sind die Ferienspiele mit Hilfe der Sparkassen-Stiftung und den Trägern erfolgreich durchgeführt worden. Momentan werde noch versucht, Stiftungsgelder zu akquirieren. Dies scheint derzeit jedoch nicht erfolgsversprechend.

Herr Langeworth fragt nach der aktuellen Situation in den Einrichtungen, welche im Rahmen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen gefördert werden. Viele dieser seien geschlossen gewesen bzw. seien immer noch geschlossen. Sollten in diesem Bereich geringere Ausgaben anfallen, könnten diese Mittel eventuell für die Ferienspiele eingesetzt werden. Er bittet die Verwaltung um nähere Erläuterung.

Herr Nürnberger bittet das Jugendamt um Ergänzung der Vorlage. Zudem fragt er an, ob die Trägervertreter*innen sich diesbezüglich äußern könnten. Er gibt darüber hinaus an, dass die Einrichtungen zwar geschlossen seien, jedoch trotzdem beispielsweise digitale Angebote und 1:1 Betreuung angeboten werden würden. Da in einigen Fällen wahrscheinlich Mittel übrigbleiben werden, sei geregelt worden, dass mehr als die vertraglich festgelegten 10 % ins nächste Jahr übertragen werden dürfen. Dadurch könnte der voraussichtliche Nachholbedarf in den Jahren 2021 und 2022 zumindest teilweise gesichert und aufgefangen werden. Für das Jahr 2021 gebe es im Haushalt noch die Möglichkeit Mittel für die Ferienspiele in den Osterferien zur Verfügung zu stellen.

Herr Epp ergänzt, dass sich das Jugendamt bereits Anfang März letzten Jahres zu Beginn der Pandemie mit dem Bielefelder Jugendring zusammengesetzt und überlegt habe, wie die vorhandenen Ressourcen eingesetzt und wie Kinder und Jugendliche auch bei geschlossenen HOTs aktiv unterstützt werden könnten. Dabei seien verschiedene Möglichkeiten entstanden. Er verweist hierzu auf die Auflistung unter Punkt 2 der Vorlage. Dabei habe es die Zielrichtung gegeben, so viel Kontakt wie möglich zu den Minderjährigen zu halten. Zur Verfügung stehende personelle Ressourcen sollten deshalb für eine 1:1 Betreuung eingesetzt werden. Dies ging im Rahmen des ersten Lockdowns nur draußen im Freien. Der Erlass zum erneuten Lockdown habe dann auch eine 1:1 Betreuung in der Einrichtung zugelassen. Im Vergleich zur ersten Hälfte der Pandemie sollen zuletzt zunehmend bei den Jugendlichen die schulischen Probleme zugenommen haben, sodass ein höherer Bedarf an Hausaufgabenhilfe bestanden habe. Dies sei zwar nicht die ureigenste Aufgabe eines HOTs, aber sei notwendig gewesen, um auf die Situation angemessen zu reagieren. Bei einem guten Kontakt eines HOT-Mitarbeiters zu einem Jugendlichen sei es in Einzelfällen sogar zu Besuchen in der Familie gekommen, um z. B. Konflikte zu lösen.

Herr Korbmacher weist daraufhin, dass es unterschiedliche Situationen bei den Trägern und Einrichtungen gebe. Viele haben trotz der Einsparungen von Sachkosten hohe andere Ausgaben zu leisten. Zudem handle es sich um einen Arbeitsbereich, in welchem selten am Ende eines Jahres viel Geld übrigbleiben würde. Außerdem sehe er es schwierig, die Mittel in andere Angebote zu verschieben, da es sich um rechtlich abgegrenzte Bereiche handele.

Frau Purucker befürwortet den vereinbarten Mittelübertrag. Zudem gibt

sie an, dass die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen einen Antrag zum angesprochenen Thema im Sport- und Schulausschuss gestellt habe. Sie fragt an, ob dieser Antrag nun noch als Tischvorlage eingereicht werden könne. Da der Antrag sehr lang sei wird dies von Frau Weißenfeld aufgrund der Corona-Bedingungen verneint.

Bzgl. Abschnitt 1.3 der Vorlage fragt Frau Purucker an, ob die Stadt als städtischer Träger zukünftig die Möglichkeit anbieten wolle, das Mittagessen abholen zu können. Auch erfragt sie den Wert der ausgestellten Gutscheine für den Onlineshop und wie viele der 4.600 ausgestellten Gutscheine bereits eingelöst worden seien. Ebenso möchte sie wissen, wie der Wert der Gutscheine bestimmt werde.

Zum Abschnitt 3 „Sachstand Kinderschutz und Hilfen zur Erziehung“ bittet Frau Purucker darum, dass über die Kitas und Schulen an die Eltern Informationen bzgl. der Notfallnummern und eine Übersicht zu den finanziellen Hilfen herausgegeben werde.

Darüber hinaus fragt Frau Purucker, ob die Plätze in den Jugendhilfeeinrichtungen für Mädchen und Jungen, die in Obhut genommen werden, ausreichend seien und wie die Auslastung dort sei. Ebenso fragt sie, ob es die Möglichkeit gebe, Schnelltestmöglichkeiten anzubieten, damit die Kinder Freunde besuchen könnten.

Herr Schütz gibt an, dass in den Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit derzeit sehr unterschiedlich und vielfältig gearbeitet werde. In der Jugendarbeit werde z. B. über Zoom und bei jüngeren Kindern über die Eltern der Kontakt gehalten.

Zudem merkt er an, dass er es zu diesem Zeitpunkt schwierig fände, theoretische Einsparungen auf andere Angebote umzuschichten.

Zu den Ferienspielen gibt er an, dass die Anmeldungen zu den OGS-Ferienspielen schon am Montag gestartet seien. Trotz einer unsicheren Finanzierung werden diese von den Trägern angeboten. Es seien bereits einige Angebote ausgebucht, was den Bedarf verdeutliche.

Frau Hopster ergänzt, dass es 34 verschiedene Angebote im Bereich der OGS in den Osterferien gebe und insgesamt 54 Ferienwochen angeboten werden. Die AWO stelle bei der Anmeldung fest, dass diese bislang verhalten sei. Dies führe sie auf die Unsicherheit der Eltern zurück.

Zudem gibt sie an, dass Ministerin Gebauer am Sonntag in einer Presseerklärung 36 Millionen Euro für Ferienprogramme und außerschulische Bildungsangebote in NRW bereitgestellt habe. Dadurch sei eine Planungssicherheit bis Sommer 2022 gegeben. In diesem Zusammenhang möchte sie dafür werben, dass die Träger der OGS und OKJA etwas gemeinsam in den Ferien organisieren.

Frau Wend teilt ihr Anliegen mit, dass der Jugendhilfeausschuss die Verwaltung beauftragen solle, die Durchführung der Ferienspiele in den Osterferien zu ermöglichen und die Finanzierung sicherzustellen.

Herr Nürnberger schlägt vor, dass der von den Grünen im Rat gestellte Antrag in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.03.2021 aufgerufen werde. Am Donnerstag sei dieser vom Rat in die Ausschüsse verwiesen worden und dies sei zu knapp für die heutige Tagesordnung gewesen.

Zum Punkt Mittagessen gibt er an, dass sich dieser weitestgehend erledigt habe, da die Kitas ab nächster Woche wieder komplett geöffnet seien. Zudem gebe es durch den Onlineshop der Stiftung Solidarität ein gu-

tes Alternativangebot, welches bislang gut angenommen worden sei. Bzgl. des Programms der Ministerin Gebauer erläutert er, dass dieses sehr schulbezogen sei, um bestimmte Lerndefizite, die aufgelaufen seien, auszugleichen. Somit soll dieses bei dem Thema Ferienspiele und Freizeitgestaltung nicht anwendbar sein. Er hoffe aber, dass in der neuen Coronaschutzverordnung ein großer Schwerpunkt auf Kinder und Jugendliche gelegt werde und diese eine Öffnung ermögliche.

Herr Langeworth wünscht sich, dass in zukünftigen Berichten dieser Bereich etwas detaillierter dargestellt werde. Er stellt klar, dass dies keine Kritik an den Einrichtungen sein solle, sondern dass er sich lediglich mehr Informationen wünsche.

Bzgl. der Ferienspiele fragt er an, was mit einem heute beschlossenen Betrag geschehe, sollten diese aufgrund der Coronaschutzverordnung nicht möglich sein.

Frau Weißenfeld führt aus, dass sie davon ausgehe, dass alle ermöglichen wollen, die Eltern in den Ferienzeiten zu entlasten. Daher schlägt sie folgenden Beschlusstext vor:

1. Zur Finanzierung von Ferienspielen in den Osterferien werden einmalig 40.000 € bereitgestellt.
2. Diese Mittel können eingesetzt werden, soweit die Coronaschutzverordnung Ferienspiele zulässt. Sollte die Durchführung von Ferienfreizeiten zugelassen sein, können die Mittel auch dafür eingesetzt werden.
3. Der Einsatz der Mittel ist nachrangig gegenüber anderen Fördermöglichkeiten.

Herr Nürnberger gibt an, dass die 40.000 € im Haushaltsbudget verbleiben, sollte die Coronaschutzverordnung keine Möglichkeit für Ferienspiele vorsehen. Als nächstes müsse man sich dann bzgl. der Sommerferien Gedanken machen. Hier sei der Druck größer, da die Kinder und Jugendliche dies benötigen und die Eltern wohlmöglich auch keine Urlaubstage mehr haben.

Herr Leder berichtet, dass seiner Kenntnis nach alle Schulfahrten bis Ende des Schuljahres verboten seien. Daher gehe er davon aus, dass auch Freizeiten mit Übernachtungen nicht erlaubt seien.

Frau Purucker fragt an, wie viele Angebote mit 40.000 € erbracht werden können.

Herr Epp erläutert, dass mit den Mitteln der Sparkassen-Stiftung in den letzten Herbstferien 35 Angebote an 30 Standorten mit 500 Teilnehmer*innen pro Ferienwoche. Für diese seien 50.000 € benötigt worden. In den Osterferien gebe es zwei Feiertage, sodass ein Betrag von 40.000 € sinnvoll erscheine und ein ähnliches Angebot umgesetzt werden könne. Zum Programm von Frau Gebauer ergänzt er, dass das Jugendamt sich mit dem Amt für Schule abstimmen werde, um zu sehen, inwieweit die verschiedenen Programme miteinander verknüpfbar seien. Das Programm von Frau Gebauer sei jedoch auf die gezielte Behebung von entstandenen schulischen Defiziten ausgerichtet. Die Ferienspiele dienten aber dazu, Defizite an Begegnung, sozialem Miteinander und Bewegung auszugleichen.

Frau Weißenfeld liest erneut ihren Vorschlag vor und stellt diesen zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss:

1. **Zur Finanzierung von Ferienspielen in den Osterferien werden einmalig 40.000 € bereitgestellt.**
2. **Diese Mittel können eingesetzt werden, soweit die Coronaschutzverordnung Ferienspiele zulässt. Sollte die Durchführung von Ferienfreizeiten zugelassen sein, können die Mittel auch dafür eingesetzt werden.**
3. **Der Einsatz der Mittel ist nachrangig gegenüber anderen Fördermöglichkeiten.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Bilanz zum Ausbildungsmarkt

Frau Weißenfeld erläutert, dass aufgrund der aktuellen Lage auf eine Vorstellung der Präsentation verzichtet werden würde. Frau Scigala-Blatt stehe jedoch für Fragen zur Verfügung.

Herr Nürnberger berichtet, dass es einen Runden Tisch „Wirtschaft“ mit dem Oberbürgermeister und den Wirtschafts- und Gewerkschaftsvertreter*innen gebe. Heute sei u. a. das Thema „Ausbildung“ auf der Tagesordnung gewesen.

In erheblicher dreistelliger Zahl würden derzeit Ausbildungsplätze verloren gehen. Auch sei zu befürchten, dass dies im nächsten Ausbildungsjahr anhält. Daher habe man sich heute darauf verständigt, sich diesem Thema zu widmen. Denn durch die sinkenden Plätze würden nicht nur Fachkräfte, sondern auch Jugendliche für die duale Ausbildung verloren gehen. Demnächst solle es daher einen „Ausbildungsgipfel“ geben, um in einem Arbeitsprozess zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen.

Frau Weißenfeld fragt an, ob die sinkenden Zahlen in der dualen Ausbildung coronabedingt seien oder diese den aktuellen Trend widerspiegeln würden.

Frau Scigala-Blatt schließt sich den Ausführungen von Herrn Nürnberger an. Die Situation, dass weniger Jugendliche nach dem Schulabschluss direkt in einer Ausbildung landen, habe sich erneut verschärft. Die vorliegenden Ergebnisse sollen sich im Jahr 2020 zeitlich verzögert haben. Dies sei zum einen der Grund für die gesunkene Zahl. Ein anderer Grund sei, dass den zunehmend weniger zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätzen auch weniger Ausbildungsinteressierte gegenüberstehen sollen.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 8

Personalausstattung Kinderschutz

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0341/2020-2025

Herr Langeworth fragt nach, wie Bielefeld nach dem jetzigen Schlüssel (Personal, Fallzahl etc.) im interkommunalen Vergleich dastehe.

Herr Epp teilt mit, dass der interkommunale Vergleich nur teilweise aussagekräftig sei, da die Kommunen verschiedene Standards festlegen und definieren würden. Bei allen GPA-Berichten der letzten zehn Jahre hat Bielefeld in Bezug auf die Ausgaben und die Personalausstattung in den Hilfen zur Erziehung immer leicht über den Durchschnitt gelegen haben. Dies bestätige auch der letzte Bericht. Allerdings habe sich die Erstellung dieses Berichts coronabedingt zehn Monate verzögert und der Abschlussbericht sei erst letzte Woche eingegangen. Dieser müsse im Detail noch ausgewertet werden. Die Entwürfe des Berichts sollen jedoch der Projektgruppe bekannt gewesen sein, sodass die Ergebnisse berücksichtigt worden seien.

Herr Epp stellt beispielhaft dar, dass Bielefeld bei den jungen Volljährigen deutlich über den Durchschnitt lege, da gewisse Standards vorhanden seien, die dies beeinflussen würden.

Herr Knaufr fragt an, ob sich die Reduzierung der Fallzahlrate pro Vollzeitäquivalent auf die 7,5 überplanmäßigen Vollzeitkräfte zurückführen ließe.

Herr Epp bejaht dies und erläutert in diesem Zusammenhang, dass bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2020/2021 die Projektgruppe noch nicht abschließend fertig gewesen sei, aber ein Zwischenergebnis vorgelegen habe. Dieses sei eingebracht und bei der Bewilligung der 7,5 überplanmäßigen Vollzeitkräfte berücksichtigt worden. Im Vergleich zum Gesamtergebnis habe es einen Unterschied von einer halben Stelle gegeben. Dieser sei durch Stellenumschichtungen ausgeglichen worden, sodass kein weiteres Personal zur Verfügung gestellt werden musste. Im kommenden Haushalt 2022 werde die Verwaltung die Politik jedoch darum bitten, aus diesen überplanmäßigen Stellen dauerhafte Mehrstellen zu machen.

Herr Langeworth fragt an, ob man nach der Aufstockung nicht mehr nur leicht, sondern im interkommunalen Vergleich sogar deutlich über den Durchschnitt liegen würde. Er begrüßt die Aufstockung des Personals, aber sehe gleichzeitig den interkommunalen Vergleich als wichtige Kennziffer an.

Herr Epp verweist auf den vor Kurzem eingegangenen Abschlussbericht. In diesem seien anonymisierte Werte von ca. 30 Kreisen und Großstädten. Diese sollen in einer der nächsten Sitzungen zum Vergleich im Ausschuss dargestellt werden.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 9

10. Bericht zur Umsetzung der Bielefelder Rahmenrichtlinien zur Förderung der Mädchenarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0529/2020-2025

Frau Weißenfeld erläutert, dass der Bericht bereits jetzt eingebracht worden sei, damit genügend Zeit für die Mitglieder bestehe, um mit diesem zu arbeiten. Da der Fachbeirat für Mädchenarbeit sich jedoch erst Ende des Monats konstituieren würde, sei die Bitte geäußert worden, dass die inhaltliche Auseinandersetzung frühestens in der Sitzung am 05.05.2021 erfolge. So könnte der Fachbeirat den Bericht bearbeiten und ein Votum für den Jugendhilfeausschuss abgeben.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 10

5. Bericht zur Umsetzung der Bielefelder Rahmenrichtlinien zur Förderung der Jungenarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0454/2020-2025

Bei dem Jungenbericht gilt laut Frau Weißenfeld das gleiche wie für den Mädchenbericht. Eine Beratung soll zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 11

Erstellung des kommunalen Kinder- und Jugendförderplans 2021 - 2025

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0456/2020-2025

Frau Weißenfeld erläutert, dass immer zur neuen Legislaturperiode ein Kinder- und Jugendförderplan erstellt werde. Die Informationsvorlage sei als Fahrplan zu sehen. Es sei geplant, dass der neue Förderplan Ende des Jahres im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werde.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 12

Maßnahmen zur Erhöhung der Mobilität in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit – hier: Mittelvergabe für Anschaffung und Betrieb von drei Fahrzeugen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0499/2020-2025

Frau Weißenfeld ruft den TOP 12 auf und stellt zu Beginn fest, dass Frau Wollenberg sich nicht an der Diskussion und Abstimmung zu TOP 12 und 12.1 beteiligen darf, da sie befangen sei.

Die Beratung und Beschlussfassung der Verwaltungsvorlage erfolgt unter TOP 12.1, da ein inhaltlicher Zusammenhang besteht.

Zu Punkt 12.1

Anschaffung eines vierten Fahrzeugs für mobile und offene Kinder- und Jugendarbeit **Antrag der Fraktion SPD vom 17.02.2021**

Frau Wend erläutert den als Tischvorlage eingereichten Antrag der SPD bzgl. der Anschaffung eines vierten Fahrzeuges. Die Fahrzeuge würden den Radius der offenen Kinder- und Jugendarbeit erweitern. Zudem würden dadurch noch mehr Kinder und Jugendliche erreicht werden – insbesondere zur aktuellen Corona-Zeit. Auch könnten durch die gesteigerte Mobilität die Träger in unvorhergesehenen Situationen flexibler reagieren.

Herr Knauf begrüßt den Antrag der SPD, insbesondere da es in diesem Kalenderjahr bei einem realistischen Start nicht vor dem 01.04.2021 keine Mehrbelastung des Haushalts gebe. Für das Kalenderjahr 2022 möchte er sich noch nicht festlegen und die Förderung ungerne beschließen.

Zudem fragt Herr Knauf an, inwiefern sich das neue Konzept der Sportjugend Bielefeld von dem Konzept für den bereits bewilligten und mit den Falken zusammen betriebenen Bulli unterscheide.

Herr Helmke berichtet hierzu, dass zwischen den Bereichen „Spielmobile“ und „mobile Fahrzeuge für die mobile Arbeit“ unterschieden werden müsse. Bei den Spielmobilen handle es sich im Gegensatz zu den mobilen Fahrzeugen um ein reines Angebot für Kinder.

Herr Bucken bittet darum, einen Vorbehaltsbeschluss zu fassen. Im Grundsatz solle dem vierten Fahrzeug zugestimmt werden, jedoch solle sichergestellt werden, dass der Einzugsbereich des Fahrzeugs und somit die Nutzungsintensität erweitert werde. Zudem solle bis zur nächsten Sitzung ein Konzept vorgelegt werden.

Herr Langeworth bittet die Verwaltung – insbesondere im Namen der neuen Mitglieder – um eine kurze Wiederholung, was genau mit den 12.000 €/Jahr finanziert werden würde.

Zudem gibt er an, dass die CDU vor dem Hintergrund, dass bereits mehrere Fahrzeuge beschlossen wurden, lediglich drei neuen Bullis zustimmen würde. Grund sei, dass die Finanzierung für die Folgejahre nicht

gesichert sei und dass zunächst ein Erfahrungsbericht abgewartet werden sollte.

Herr Knauf stellt den Änderungsantrag zum Antrag der SPD, dass im zweiten Satz das Wort „sichergestellt“ durch das Wort „geprüft“ ersetzt werde. Die Finanzierung des vierten Bullis solle in diesem Haushaltsjahr erfolgen und für das nächste Jahr solle – soweit möglich – geprüft werden, ob das Fahrzeug berücksichtigt werden könne.

Frau Weißenfeld gibt an, dass dies vermutlich nicht möglich sein werde, da es sich um einen länger laufenden Vertrag handeln würde.

Herr Nürnberger berichtet, dass die Fahrzeuge zum Großteil geleast und von innen wie von außen gestaltet werden würden. Dies sei für 6-8 Monate wahrscheinlich nicht möglich.

Zum Vorbehaltsbeschluss merkt er zudem an, dass es ihm nicht sinnvoll erscheine, dass die AWO ein Konzept vorlege und im Nachhinein noch die Möglichkeit bestünde, dass sich gegen dieses entschieden werden würde.

Bzgl. der 12.000 €/Jahr erläutert Herr Hanke, dass 1.000 € pro Monat zum größten Teil für die Leasingkosten, die Betriebskosten und die Materialausstattung bestimmt seien.

Frau Weißenfeld gibt an, dass ihrer Ansicht nach, der Antrag dahingehend abgeändert werden sollte, dass die AWO den Bedarf über Brake hinaus in anderen Stadtteile gewährleistet. Sie bittet Herrn Helmke um erneute Aufklärung.

Herr Helmke stellt dar, dass solche Projekte grundsätzlich durch einen Qualitätsdialog mit dem Jugendamt begleitet werden. Das solle bedeuten, dass die Nutzungsintensität der unterschiedlichen Angebote sowie die Erreichbarkeit der Sozialräume bekannt sei. Soweit gewünscht könne er sich mit der AWO in Verbindung setzen, damit diese ihr Konzept über Brake hinaus erweitere. Nach seiner Einschätzung sei diese auch dazu bereit.

Herr Bucken stellt einen Änderungsantrag zum Antrag der SPD. Es solle folgende Formulierung ergänzt werden: „unter der Bedingung, dass die AWO das Angebot über Brake hinaus erweitert und bis zur nächsten Sitzung ein Konzept vorlegt.“

Herr Langeworth teilt mit, dass die CDU drei Fahrzeugen heute zustimmen würde, viere jedoch nicht. Darüber hinaus beantragt er die schnellstmögliche Erstellung eines Erfahrungsberichtes zur stadtweiten mobilen Arbeit.

Herr Epp merkt an, dass es bis zur nächsten Sitzung zu knapp wäre, da man in einen Austausch mit den Trägern treten müsse. Er sagt die Erstellung bis spätestens zur Sommerpause zu.

Frau Weißenfeld stellt den SPD-Antrag mit dem Zusatz von Herrn Bucken zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

1. Den folgenden drei Trägern werden ab 01.01.2021 jeweils 12.000 €/Jahr für die Anschaffung und den Betrieb jeweils eines Fahrzeugs für ihre mobile Offene Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung gestellt:
 - DiakonieVerband Brackwede
 - Sportjugend Bielefeld
 - Trägerverein der Evangelischen Offenen und Mobilien Arbeit mit Kindern und Jugendlichen
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das weitere Verfahren in enger Zusammenarbeit mit dem Träger durchzuführen.
3. Unter der Bedingung, dass der AWO Bezirksverband OWL das mobile Angebot über Brake hinaus erweitert und bis zur nächsten Sitzung ein Konzept vorlegt, werden ihm ebenfalls 12.000 €/Jahr für die Anschaffung und den Betrieb eines Fahrzeugs für seine mobile Offene Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung gestellt. Des Weiteren soll eine Finanzierung für dieses Fahrzeug ab dem Jahr 2022 im Haushalt sichergestellt werden.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13

Flexibilisierung der Betreuungszeiten in der Kindertagesbetreuung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0536/2020-2025

Frau Weißenfeld weist darauf hin, dass es sich bei TOP 13 um eine Informationsvorlage handele. In der März-Sitzung solle es dann eine Beschlussvorlage samt Vorschlägen, wie das Geld in den einzelnen Bereich eingesetzt werde, geben.

Frau Purucker gibt an, dass die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sich wünsche, dass die Fachdiskussion im Rahmen einer Telefonkonferenz oder Ähnlichem im Vorfeld stattfindet. So könne man die Beschlussvorlage dann in der nächsten Sitzung auch beschließen.

Zudem solle geprüft werden, ob die 4.000 €-Pauschale für die zusätzlichen Öffnungsstunden über 47 Stunden nicht zu knapp bemessen sei. Dies sei von einigen Trägern mitgeteilt worden. Zudem seien in der letzten Ausschreibung nicht so viele Bewerbungen eingegangen wie zunächst im Budget eingeplant gewesen sei. Aus diesem Grund solle dieses Angebot attraktiver gemacht werden.

Frau Purucker spricht sich außerdem dafür aus, im nächsten Kita-Jahr wieder 50.000 € ergänzend für die Tagespflege zu nutzen. Im aktuellen Kita-Jahr seien diese zwar nicht ausgegeben worden. Dies habe jedoch u. a. an Corona gelegen und daran, dass das Angebot nicht genug be-

worben wurde. Sie bitte daher darum, die Eltern besser zu informieren. Bzgl. der Reduzierung der Schließtage in den Sommerferien gibt sie an, dass man der Argumentation des Jugendamts nicht folgen könne. Laut der Gesetzesbegründung zur Gesetzesreform brauche jedes Kind einen Erholungsurlaub. Daher solle dies auch angeboten werden.

Auch gibt Frau Purucker an, dass die Flexibilisierung von 35-Wochenstundenplätzen einigen Eltern nicht viel bringen würde. Daher bittet sie darum, in der Vorlage bei den Kitas aufzuführen, welche Auswahlmöglichkeiten die Eltern bei diesem Flexibilisierungsmodell haben.

Herr Hanke berichtet, dass es eine Abfrage bei allen Kita-Trägern gegeben habe, inwiefern Bedarf an den jeweiligen Modellen bestehen würde. In dieser sei noch die Rede von einem Betrag von 4.000 € gewesen. Eine nachträgliche Veränderung bei den Rahmenbedingungen führe dazu, dass die eingegangenen Rückmeldungen der Träger nicht mehr verwendet werden könnten. Rückmeldefrist sei der gestrige Tag gewesen, daher könne er zu den Ergebnissen noch nichts Genaues sagen.

Herr Langeworth gibt an, dass die Verwaltung laut der Vorlage vorschläge, die Fachdiskussion im Sommer zu führen. Er bittet darum, dies dahingehend abzuändern, dass die Diskussion „so schnell wie möglich“ geführt werde.

Frau Niemeier gibt an, dass das Jugendamtselternbeirat sich dem Vorschlag der Grünen anschließe und auf eine weitere Flexibilisierung der Öffnungszeiten hoffe. Ihrer Ansicht nach sei der derzeitige Stand nicht flexibel genug für die Eltern.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 14

Benennung von Vertreter*innen für den Vergabebeirat des „Teilhabefonds“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0296/2020-2025

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 15

Lebenslagen in Corona-Zeiten: Sozialmonitoring

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0423/2020-2025

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 16

Integrationsbudget - Fortsetzung einzelner Projekte, hier: Förderung der Solidarischen Corona-Hilfe der Stiftung Solidarität

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0468/2020-2025

Frau Weißenfeld ruft TOP 16 auf und teilt mit, dass der Sozial- und Gesundheitsausschuss die Beschlussfassung zu Punkt 4 um den Zusatz „...die Verwaltung zusammen unter anderem mit der Stiftung Solidarität...“ erweitert habe.

Herr Knauf fragt nach, um was für ein Projekt es sich bei „Digitale Teilhabe gestalten“ handle und warum das Geld dort nicht mehr benötigt werden würde. Zudem wolle er wissen, inwieweit die „Solidarische Corona-Hilfe“ integrative Arbeit leiste.

Frau Weißenfeld bittet Frau Aron um die Beantwortung der Fragen.

Frau Aron erläutert, dass der Antrag „Digitale Teilhabe“ auf das Thema „Die Entwicklung von intelligenten Chatbots für Menschen mit Behinderung“ abgestimmt gewesen sei. Die Fördermodalitäten seien jedoch dahingehend abgeändert worden, dass diese Technologie nicht mehr unterstützt werde.

Bzgl. der Stiftung Solidarität sei sie der Meinung, dass diese sehr viele Menschen mit Migrationshintergrund begleite und unterstütze.

Frau Weißenfeld bittet um Abstimmung über die Beschlussvorschläge unter Einbeziehung der vorgeschlagenen Erweiterung.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss:

1. Von den im Rahmen des Integrationsbudgets für das Projekt „Digitale Teilhabe gestalten“ beschlossenen Mitteln in Höhe von 36.000 € werden 24.000 € für die „Solidarische Corona-Hilfe“ umgewidmet.
2. Damit erhält die Stiftung Solidarität das im März 2020 gestartete Angebot der Solidarischen Corona-Hilfe von Februar bis Juli 2021 aufrecht. In der Zeit erfolgt weiterhin eine enge Absprache mit dem Sozialdezernat.
3. Die Corona-Hotline des Gesundheitsamtes und andere Mitarbeitende können ihre Klient*innen mit entsprechenden Hilfedarfen an die Solidarische Corona-Hilfe verweisen.
4. In der 6-monatigen Phase prüft die *Verwaltung zusammen unter anderem mit der* Stiftung Solidarität, ob und wie sich die (digitale) Plattform der Solidarischen Corona-Hilfe in eine Zeit nach Corona übertragen ließe.
5. Über die Erfahrungen der Solidarischen Corona-Hilfe wird im Sommer 2021 in den Fachausschüssen berichtet.

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 17

Weiterführung des durch die Landesinitiative zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit „Endlich ein Zuhause“ geförderten Projektes „Zukunft schaffen durch Wohnen“

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0355/2020-2025

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 18

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Epp berichtet, dass in der nächsten Sitzung am 10.03.2021 folgende Punkte thematisiert werden sollen:

- Kitabedarfsplanung nach vorheriger Beratung und Beschlussfassung in allen Bezirksvertretungen und Beiräten
- Planungs- und Umsetzungsstand der neuen Kita-Standorte
- Flexibilisierung der Betreuungszeiten in der Kindertagesbetreuung
- Spielflächenbedarfsplanung
- Langfristige Corona-Strategie für Bielefeld
- Umsetzungsstand der Projekte der Stiftung Eikermann
- Zwischenbericht zu der Situation „Alleinerziehende in Bielefeld“
- Stadtteilkordinationskassen für Brackwede, Jöllenbeck und Mitte-Nord

-.-.-

Bielefeld, 24.02.2021

Weißenfeld (Vorsitzende)

Warneke (Schriftführerin)